

Wahlprogramm

Kapitel 1: Stadtentwicklung, Verkehr und Infrastruktur

- Lebensqualität als Maßstab
- Verkehr und Mobilität – mehr als nur das Auto
- ÖPNV – innere Erschließung und Anbindung ans Umland und die weite Welt
- Städtebau, Siedlungswesen, Nachverdichtung
- Bezahlbarer Wohnraum – Voraussetzung für den Erhalt sozialer Strukturen
- Demografischer Wandel und Barrierefreiheit
- Sanierung und Denkmalschutz
- Mittelzentrumsfunktion stärken, Verhältnis Wasserburg & Umlandgemeinden
- Natur erhalten, DKI-Deponie verhindern, Biotopvernetzung

Kapitel 2: Stadtwerke / Energiewende / Ver- und Entsorgung

- Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft
- Stadtwerke stärken – neue Betätigungsfelder erschließen
- Echter Ökostrom muss ökologischen Nutzen bringen
- Das Badria zukunftstauglich machen

Kapitel 3: Bildung & Kultur, Familie & Jugend

- Kulturstadt Wasserburg
- Kindergärten, Kitas, Schulen, Schulwege
- Integration / Inklusion
- Wohnqualität

Kapitel 4: Wirtschaft und Innovation

- Nachhaltige Entwicklung statt Wachstum um jeden Preis
- Branchenmix breiter aufstellen
- Mittelzentrumsfunktion stärken, Verhältnis Wasserburg & Umlandgemeinden
- Aufenthaltsqualität steigern
- Mischnutzung fördern, Brachen beleben

Kapitel 5: Bürgerschaftliches Engagement, Information und Transparenz

- Bürgerschaftliches Engagement stärken
- Datenschutz
- Inklusion – weltoffenes Wasserburg

Kapitel 1: Stadtentwicklung, Verkehr und Infrastruktur

Lebensqualität als Maßstab

Wir möchten eine Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität für die Menschen, die in dieser Stadt leben, lernen, arbeiten oder zu Besuch sind. Wir wollen eine Stadt, die bei allen Planungen die Menschen und den Gedanken der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt und den demografischen, kulturellen, soziologischen und energetischen Wandel berücksichtigt. Stadtentwicklung ist deshalb mehr als das Ausweisen von Baugebieten und die sich daraus ergebende Planung von Straßen und Infrastruktur.

Wasserburg kann seine Rolle als Mittelzentrum des nördlichen Landkreises mit hoher Anziehungskraft auch in benachbarte Landkreise hinein nur dann behaupten und ausbauen, wenn es gelingt, die Belange der Wohnbevölkerung, des Handels, der Dienstleister, der Bildungseinrichtungen und der Freizeitangebote miteinander zu vereinen.

Eine gesunde Mischstruktur vor allem in der Altstadt, dem Zentrum unserer Stadt, ist deshalb nicht einfach nur ein Kompromiss, um den verschiedenen Akteuren ihren exakt bemessenen Anteil am Stadtgebiet zuzugestehen. Eine Mischstruktur ist vielmehr Selbstzweck. Wohnen wird durch ein reichhaltiges Angebot an Schulen, Handel, Gastronomie und Kultur in unmittelbarer Nähe ungleich attraktiver und Handel wird durch eine ortsansässige Kundschaft lukrativer. Die verschiedenen Nutzungen sollten also nicht in gefühlter Konkurrenz zueinander stehen, sondern als Teil eines gemeinsamen Ganzen begriffen werden.

Verkehr und Mobilität – mehr als nur das Auto

Im ländlichen Raum wird das Auto immer eine der tragenden Rollen bei der Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse spielen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man auch in Zukunft den Bedürfnissen des privaten Kfz alles andere unterordnet und sämtliche negativen Auswirkungen des fließenden und ruhenden Autoverkehrs billigend in Kauf nimmt. Im Gegenteil: In einem vielfältigen, flexiblen und vernetzten Mobilitätsangebot gilt es, die umwelt- und sozialverträglichen sowie zukunftsfähigen Alternativen massiv zu stärken und so die Bevölkerung zum Umstieg zu animieren. Die Bedingungen für den dann verbleibenden, motorisierten Individualverkehr sind in Wasserburg bereits heute hervorragend.

In einer Stadt der kurzen Wege soll Fahrrädern und Fußgängern in Zukunft eine weitaus stärkere Rolle zugestanden werden. Ein wichtiger Punkt hierbei ist das subjektive Sicherheitsempfinden. Wo man als Fußgänger oder Radfahrer um die körperliche Unversehrtheit fürchten muss, gewinnt das Auto an Attraktivität – ein sich selbst verstärkender Effekt. Durch sinnvolle Ergänzungen sollen Lücken im bestehenden Rad- und Fußwegenetz vor allem dort geschlossen werden, wo ein gemeinsamer Mischverkehr mit dem motorisierten Individualverkehr als zu gefährlich angesehen werden muss. In den Wohngebieten und dem Altstadt kern sollen Sicherheit und Aufenthaltsqualität durch spürbare Verkehrsberuhigungen erreicht werden.

Bei überregionalen Verkehrsprojekten wie dem Ausbau der B 304 durch Reitmehring oder den Planungen für den Ausbau der B 15 auf der bestehenden Strecke, haben die zuständigen Straßenbauämter bzw. die Autobahndirektion auftragsgemäß lediglich einen möglichst ungehinderten und ungebremsten Autoverkehr im Blick. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt die Interessen unserer ansässigen Bevölkerung hinsichtlich gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse vertreten. Gerade im Bereich der B 15 halten wir es für vorrangig, dem zunehmenden Mautausweichverkehr durch die rechtlich mögliche Lkw-Maut auf der Bundesstraße einen Riegel vorzuschieben, anstatt ihn durch einen Streckenausbau noch zu fördern.

Die althergebrachte Stellplatzsatzung führt seit Jahrzehnten zwangsweise zu einer autogerechten Stadt und damit zu einer Manifestierung der automobilen Monokultur. Die Leidtragenden sind die Bewohner, Kinder, Fußgänger, Radfahrer oder mobilitätseingeschränkte Personen. Durch eine Reform wollen wir sowohl den Verzicht aufs eigene Auto attraktiver machen als auch den Belangen des Fahrradverkehrs gerecht werden. Sowohl an der Wohnung als auch im öffentlichen Raum sollen Fahrradfahrer eine attraktive und sichere Abstellmöglichkeit für ihr Fahrzeug ebenso vorfinden, wie die notwendigen Ladestellen für E-Bikes, die aufgrund der hiesigen Topographie eine besonders reizvolle Alternative sind.

ÖPNV – innere Erschließung und Anbindung ans Umland und die weite Welt

Rückgrat einer umweltverträglichen, sozialverträglichen und generationengerechten Mobilität ist ein zuverlässiger und attraktiver ÖPNV. In einem Mittelzentrum, welches auf Dauer nur im Wechselspiel und bei gegenseitigem Nutzen mit seinen Umlandgemeinden funktionieren wird, kann eine einzelne, im Stundentakt bediente Stadtbuslinie nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Im Gegensatz zur autogerechten Siedlungsentwicklung, die Handel und Wohnen auf der dann nicht mehr grünen Wiese und den damit verbundenen Flächenfraß fördert, verbindet und belebt ein benutzerfreundlicher ÖPNV die Ortszentren. Ein wichtiger Bestandteil vernetzter Mobilität sind Umsteigepunkte in zentraler Lage. Wir setzen uns deshalb nicht nur für den Erhalt und die Reaktivierung der Altstadtbahn ein, sondern wollen auch erreichen, dass über den vorerst anvisierten, rein touristischen Verkehr hinaus, der Altstadtbahnhof baldmöglichst auch wieder in den allgemeinen SPNV (Schienenpersonennahverkehr) eingebunden wird – auch als Umsteigepunkt zu den regionalen Buslinien oder gar eines künftigen Umlandbusnetzes.

Unser Ziel ist es, auch außenliegende Stadtteile und die umliegenden Gemeinden optimal an die Stadt Wasserburg und ihre Bahnhöfe anzubinden.

Städtebau, Siedlungswesen, Nachverdichtung

Gerade in Wasserburg, gleichzeitig sowohl eine der bevölkerungsreichsten als auch flächenmäßig kleinsten Gemeinden des Landkreises, ist der behutsame Umgang mit Grund und Boden von elementarer Bedeutung. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sollte also immer der Prämisse „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ folgen. Eine verträgliche Nachverdichtung und die Reaktivierung von Wohnungsleerständen müssen daher Vorrang haben. Bei Neuausweisungen muss nicht nur auf eine kompakte und platzsparende Bauweise, sondern auch auf eine möglichst effektive Anbindung an bestehende Infrastruktur geachtet werden.

Die Kernzonen in den einzelnen Stadtteilen wie z.B. dem Bürgerfeld oder Reitmehring sollen so weiterentwickelt werden, dass sie nicht nur Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf bieten, sondern auch Begegnung und Kommunikation der Bewohner fördern.

In die Stadtentwicklung sollen stärker als bisher auch der demografische Wandel und die bestehende Sozialstruktur einfließen. Hier werden von der Stadt bereits die ersten wichtigen Schritte unternommen. Die Beauftragung einer kommunalen Demografieanalyse, möglichst zusammen mit den am gemeinsamen Flächennutzungsplan (FNP) beteiligten Nachbargemeinden, soll wichtige Erkenntnisse für die anstehende grundlegende Überarbeitung des FNP liefern. Wir halten darüber hinaus ein kommunales Leerstandskataster für eine weitere wichtige Grundlage, um mögliche Reserven bei der Nachverdichtung und Wohnraumreaktivierung zu erkennen.

Bezahlbarer Wohnraum – Voraussetzung für den Erhalt sozialer Strukturen

Wir möchten eine soziale Stadt mit guten Bildungseinrichtungen, kulturellen Angeboten, Freiräumen für Jugendliche, Betreuungseinrichtungen für Kinder und Senioren. Eine soziale Stadt setzt Kommunikation über Generationen sowie soziale und kulturelle Grenzen hinweg voraus. Kommunikation wiederum setzt Platz zur Begegnung voraus. Eine wirklich soziale Stadt braucht deshalb Wohnraum für alle in allen Stadtteilen. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum wird eine der großen Herausforderungen. Wasserburg muss auch in Zukunft eine Stadt bleiben, in der es sich jeder leisten kann, in dem jeweils bevorzugten Stadtteil zu leben. Es sollte weder Glasscherbenviertel noch übertriebene Nobelviertel geben. Deshalb müssen wir darauf achten, dass Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten und insbesondere auch für Familien verfügbar bleibt. Einer Gentrifizierung einzelner Stadtteile wollen wir entschieden entgegenreten.

Demografischer Wandel und Barrierefreiheit

Auf dem Gebiet der Stadt Wasserburg befinden sich zahlreiche Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie für Senioren und Menschen mit Behinderungen. Dies und die Folgen des demografischen Wandels stellen Wasserburg vor große Herausforderungen: Gerade im Bereich der historischen Altstadt ist Barrierefreiheit oft nur schwer zu verwirklichen. Wenngleich in den letzten Jahren schon

vieles erreicht wurde, sind doch noch einige Baustellen offen: So muss z.B. das Bürgerbüro im Rathaus barrierefrei erreichbar werden und auch der Einstieg in Bus und Bahn muss vielerorts noch verbessert werden. Von der Barrierefreiheit profitieren aber nicht nur Menschen mit Handicap, sie dient unterm Strich allen, z.B. auch Eltern mit ihren Kindern.

Sanierung und Denkmalschutz

Sanierungen zahlreicher bestehender Gebäude sind nicht nur in energetischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die erforderliche Barrierefreiheit unumgänglich. Hierbei kommt es in vielen Fällen zu Konflikten mit dem Denkmalschutz. Wir Grüne stehen für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen.

Das historische Altstadtensemble ist unbestritten das Aushängeschild Wasserburgs, Anziehungspunkt für zahlreiche Gäste und identitätsstiftend für die Bewohner. Dieser hohe Standard ist so gut es geht zu bewahren und wenn möglich zu verbessern. Mit der überarbeiteten Bau- und Werbeanlagensatzung wurde hier ein großer Schritt unternommen. Umso wichtiger wird es sein, diese auch konsequenter anzuwenden, als dies in der Vergangenheit oft der Fall war.

Die Belange des Denkmalschutzes machen jedoch Sanierungen oft aufwändig und teuer, gleichzeitig erschweren sie eine energetische Sanierung. Die Refinanzierung dieser Kosten hängt wesentlich von einer guten Vermietbarkeit der Wohnungen und Geschäfte ab. In Zeiten steigender Energiepreise spielen hier auch die Nebenkosten eine große Rolle. Gerade für Senioren sind Wohnungen in zentraler Lage aufgrund der kurzen Wege und sozialer Bindungen attraktiv. Senioren sind allerdings oftmals auf eine barrierefreie Umgebung angewiesen. Wenn die Belange des Denkmalschutzes hier wirtschaftlich tragfähige Lösungen verhindern, bleiben notwendige Sanierungen aus, was auch dem Denkmalschutz auf Dauer eher abträglich ist.

Inwieweit die aktualisierte Bau- und Werbeanlagensatzung diesen fairen Interessensausgleich zulässt, wird erst die Zeit zeigen. Wir wollen dies konstruktiv und kritisch hinterfragen und uns notfalls auch für Korrekturen einsetzen.

Natur erhalten, Biotopvernetzung

Obwohl dicht besiedelt und nicht groß an Fläche kann Wasserburg auch einen nicht geringen Anteil ökologisch hochwertiger Flächen ausweisen. Den unbebauten Flächen kommt eine große Bedeutung für die Naherholung der Bevölkerung zu. Erholung in einer intakten Natur ist aktive Gesundheitsvorsorge und wesentlicher Bestandteil einer attraktiven und lebenswerten Stadt. Doch muss es darüber hinaus auch Rückzugsräume für Pflanzen und Tiere geben, in denen der reine Freizeitwert hinter der ökologischen Bedeutung zurücktritt. Der Erhalt der Artenvielfalt, auch durch eine Minimierung chemischer Schädlingsbekämpfung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Straßen- und Wegeunterhalt, die Weiterentwicklung der Biotopvernetzung und der Schutz der Gewässer sind daher vordringliche Aufgaben Grüner Kommunalpolitik.

Die geplante DKI-Deponie in Odelsham, in unmittelbarer Nähe zur Stadt Wasserburg lehnen wir ab. Wir Grüne unterstützen die Bürgerinitiative von Beginn an in ihren Bemühungen, dieses Natur zerstörende und sinnlose Projekt zu verhindern und wünschen uns auch von der Stadt Wasserburg diesbezüglich eine aktivere Rolle.

Kapitel 2: Neue Energie für Wasserburg

Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft

Wir Wasserburger Grüne begreifen die Herausforderungen, die sich aus dem globalen Klimawandel und steigenden Energiepreisen ergeben, als Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt.

So eröffnen z.B. Investitionen in Energieeinsparung und regenerative Energieerzeugung die Möglichkeit, gleichzeitig neue qualifizierte Arbeitsplätze in Wasserburg zu schaffen, die regionale Wirtschaft zu stärken und die selbstgesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.

Mit eigenen Stadtwerken hat Wasserburg auch gute Voraussetzungen, die Energiewende selbst zu gestalten und nachhaltige und rentable Projekte zügig umzusetzen.

Warum die Themen Energieversorgung und Stadtwerke in den letzten 12 Jahren trotzdem nur sehr stiefmütterlich behandelt wurden, ist für uns nicht nachvollziehbar. Dass Wasserburg im Energiebericht des Landkreises Rosenheim daher regelmäßig auf den letzten Plätzen landet, halten wir für äußerst unbefriedigend. Hier braucht es deutlich mehr Gestaltungswillen und Engagement, um die bestehenden Zukunftschancen für Wasserburg zu nutzen.

Wir streben für Wasserburg eine Energieversorgung an, die vollständig auf der Nutzung erneuerbarer Energien beruht. Dazu gilt es zunächst, den aktuellen Energieverbrauch deutlich zu senken. Die wichtigste 'Energiequelle' ist der effiziente Einsatz von Energie. Viele Maßnahmen zur Energieeinsparung rechnen sich bereits unter den aktuellen Bedingungen sehr gut. Sie müssen in Wasserburg nur systematisch identifiziert und konsequent umgesetzt werden.

Stadtwerke stärken – neue Betätigungsfelder erschließen

Für die Stadtwerke könnten solche Projekte zudem ein neues, wirtschaftlich tragfähiges Standbein werden. Wir schlagen daher vor, für Wasserburg ein detailliertes Klimaschutzkonzept zu erstellen und alle öffentlichen Gebäude zügig energetisch zu sanieren.

Der Betrieb von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Aufbau von Nahwärmenetzen sind weitere Möglichkeiten zum effizienteren Umgang mit Energie. Auch hier bestehen in Wasserburg große Potentiale und die Stadtwerke wären der natürliche Partner für die Umsetzung solcher Projekte.

Insbesondere für die Altstadt sind intelligente Lösungen für die zukünftige Energieversorgung gefragt. Ein Viertel aller Wasserburger Gebäude stehen dort und können aufgrund von Denkmalschutzauflagen nur eingeschränkt energetisch saniert werden. Altstadtwohnungen werden daher langfristig deutlich mehr Heizenergie verbrauchen als Wohnungen in anderen Stadtteilen. Damit Wohnen in der Altstadt bei weiter steigenden Energiepreisen erschwinglich bleibt, muss ein geeignetes Energieversorgungskonzept entwickelt werden.

Bei der Nutzung erneuerbarer Energien bestehen in Wasserburg ebenfalls gute Möglichkeiten. So wäre es z.B. sehr naheliegend, mit dem in den städtischen Wäldern anfallenden Restholz kommunale Gebäude zu beheizen. Auch Bioabfälle könnten in Zukunft energetisch und stofflich genutzt werden.

Um die nötigen Investitionen zügig realisieren zu können, vertrauen wir auf das Engagement der Wasserburger Bürgerinnen und Bürger. Sie sind bereit, vor Ort in die Energiewende zu investieren. Das zeigt z.B. die hohe Nachfrage nach Beteiligungsmöglichkeiten an Bürgersolaranlagen. Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Auch hier könnten beispielsweise die Stadtwerke entsprechende Beteiligungen anbieten.

Echter Ökostrom muss ökologischen Nutzen bringen

Das Engagement der Wasserburger Bürgerinnen und Bürger zeigt sich auch beim Wechsel auf Ökostrom. In der Absicht, mit dem Bezug von Ökostrom der Umwelt etwas Gutes zu tun, nehmen sie nach wie vor auch teilweise spürbare Preisunterschiede in Kauf.

Die Stadtwerke kaufen ihren Ökostrom immer noch überwiegend beim Energieriesen e-on ein. Zwar handelt es sich dabei nachweislich um zertifizierten Öko-Strom, allerdings wird dieser nicht etwa

zusätzlich produziert, sondern aus dem sogenannten Graustrom der konventionellen Stromkunden herausgerechnet. Der von verantwortungsbewussten Endverbrauchern eigentlich gewünschte zusätzliche ökologische Nutzen wird auf diese Weise zunichte gemacht.

Wir Grüne treten deshalb dafür ein, dass unsere Stadtwerke in Zukunft nur noch solchen Ökostrom einkaufen, bei dem durch eine entsprechende Zertifizierung gewährleistet ist, dass der Stromerzeuger im gleichen Maße seine Energieerzeugungskapazitäten für Ökostrom erhöht.

Wir sind der Meinung, dass in Wasserburg in Zukunft bei den Themen Energieversorgung und Energieeinsparung wesentlich mehr möglich ist als bisher. Sehr guten Chancen stehen hier nur geringe Risiken gegenüber. Wir wollen Wasserburg hier voranbringen und die zukünftige Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich gestalten. Das erforderliche Engagement und den Gestaltungswillen bringen wir mit.

Das Badria zukunftstauglich machen

Das Sport- und Freizeitzentrum Badria ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung der Stadt und trägt zur Familienfreundlichkeit bei. Die bereits durchgeführten Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung haben sich angesichts einer erfreulichen Besucherentwicklung als erfolgreich erwiesen. Bereits beschlossen und für 2014 vorgesehen sind weitere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, die neben Verbesserungen für die Badegäste auch erhebliche Energieeinsparungen mit sich bringen werden.

Wie jede öffentliche Einrichtung dieser Art schreibt aber auch das Badria rote Zahlen. Aufgabe einer verantwortungsbewussten Kommunalpolitik ist es, dieses Defizit so weit zu deckeln, dass sich die Einrichtung nicht zum Klotz am Bein der Stadtwerke und Hemmschuh für die oben beschriebenen Aktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz entwickelt.

Kapitel 3: Bildung & Kultur, Familie & Jugend, Wohn- & Lebensqualität

Kulturstadt Wasserburg

Das kulturelle Angebot im Bereich der Stadt wollen wir Grünen weiter stärken, fördern und ausbauen. Durch die Förderung kreativen Engagements und den Ausbau eines kulturellen Bildungsangebotes wollen wir mehr Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich aktiv und passiv einzubringen und vorhandene Möglichkeiten kennen oder nutzen zu lernen.

Vor allem Kindern, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir den Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglichen bzw. erleichtern. Durch geeignete und erweiterte Angebote im Bereich des Sports, der Unterhaltung und sonstiger freier kreativer Angebote können wir für sie die Attraktivität des Stadtlebens nachhaltig erhöhen.

Nachhaltig attraktive kulturelle Einrichtungen bedürfen aber auch einer passenden Infrastruktur und erfordern entsprechende Werbemaßnahmen zur Sicherung des Angebots.

Eine lebendige lernfähige und zukunftsorientierte Stadt braucht eine starke kulturelle Infrastruktur, kulturelle Teilhabe, kulturelle Bildung und eine aktive Kulturpolitik. Die Kreativen in unserer Stadt leisten einen großen Beitrag zum Ansehen unserer Stadt. Viele selbständige Künstlerinnen und Künstler und andere Kreative müssen mit einem Einkommen knapp über dem Existenzminimum zurechtkommen. Neben den etablierten Kulturinstitutionen möchten wir deshalb die freien Initiativen und Projekte stärker unterstützen und besonders den Nachwuchs fördern.

Unser Ziel ist es, dass noch mehr Menschen in die kulturellen Räume wie Theater, Konzerte, Kino, Museen und in die Bibliothek kommen. Wir treten für die Unterstützung regionaler kultureller Infrastruktur, wie des örtlichen Buchhandel, des Kinos und des Jugendzentrums ein. Besonders den Bereich der Kinder- und Jugendkultur, der Subkultur und der Migrationskultur möchten wir noch mehr fördern.

Kindergärten, Kitas, Schulen, Schulwege

Wasserburg als Schulstadt muss die Voraussetzungen schaffen, attraktive Bildungsangebote im bayerischen Schulsystem anzubieten, zu unterstützen und auszubauen. Dabei sollte die Stadt sich ihrer Vorbildwirkung bewusst sein. Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen in der Region und dem Landkreis bei Grund- und Mittelschulen sowie anderen weiterführenden Bildungseinrichtungen ist auszuweiten.

Beim Schülertransport sind unnötige Wege unbedingt zu vermeiden und die örtlich vorhandenen verkehrstechnischen Ressourcen optimiert anzupassen. Eine Wiedereinbeziehung der Altstadtbahn in die Planungen ist schon wegen der Entlastung im Bereich des Schülertransports und des Berufsverkehrs nötig.

Die Grundschulen der Stadt sollten bei der Einführung und dem Erhalt von offenen und gebundenen Ganztagesangeboten weiter unterstützt werden. Ein Neubau der Turnhalle an der Grundschule am Gries, bevorzugt zusammen mit dem Landkreis als Träger der benachbarten Förderschule, ist mittelfristig einzuplanen.

Im Rahmen der weiteren Planungen im Bereich städtischer Kindergärten sollten verstärkt Wert auf Angebote mit familienfreundlichen Buchungszeiten gelegt werden. Voraussetzungen für gemeinsame Projektierungen mit den Grundschulen sollten geschaffen oder ausgebaut werden.

Ein Mittelzentrum wie Wasserburg braucht ein attraktives Schulangebot, um in der Region für bestens ausgebildeten Nachwuchs sorgen zu können. Wir begrüßen deshalb den Ausbau der Mittelschule Wasserburg mit integrierter Turnhalle. Gleichmaßen muss die Stadt aber auch eine aktive Führungsrolle im Mittelschulverbund ‚Wasserburger Land‘ übernehmen, da Bereiche der Klassenbildung vor Ort auch in den kommunalen Kompetenzbereich fallen. Entscheidungen in Wasserburg können nicht unabhängig von der Situation an den anderen Verbundschulen Edling, Eiselfing, Rott und Schnaitsee gesehen werden. Zudem sollten mittelfristige Planungen es

ermöglichen, dass eine Zusammenarbeit der weiterführenden Schulen vor Ort gewährleistet ist. Schulversuche diesbezüglich werden wir unterstützen.

Bildungseinrichtungen im Bereich der Stadt haben eine besondere Bedeutung für die regionale Entwicklung. Familienfreundlichkeit, gute Verkehrsanbindungen, Sicherheit und arbeitnehmerfreundliche Angebote auch für alleinerziehende Elternteile sind unerlässlich. Wasserburg ist derzeit weitgehend gut aufgestellt. Dennoch sollte geprüft werden, ob ein Ganztagsangebot im Bereich der Grundschule Reitmehring möglich ist

Wohnqualität

Das Problem der nächtlichen Ruhestörungen und Sachbeschädigungen vor allem in der Altstadt sollte gemeinsam mit den zuständigen Ordnungsbehörden angegangen werden. Einseitige Maßnahmen, oder solche, die das Problem nur verlagern, sind nicht zielführend.

Da Stadtbewohner insgesamt besonderen Belastungen ausgesetzt sind, die durch vielfältige nächtliche Störungen zusätzlich verstärkt werden, möchten wir uns für nachhaltige Abhilfen einsetzen. Dazu sollten alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt in einem transparenten Verfahren gemeinsam eine allgemein akzeptierte Lösung erarbeiten können.

Im Sinne einer dauerhaften Entspannung der Situation muss das Problem der nächtlichen Ruhestörungen jedoch zweigleisig angegangen werden. Als Sofortmaßnahme kann nur eine stärkere, auch präventive Präsenz der Polizei sowie ein ernst gemeintes Bemühen der Gastronomen (d.h. Einwirken auf die Gäste auch durch besser dafür geschultes Personal) die Situation erleichtern.

Parallel dazu muss langfristig an den Ursachen für die bestehende Gewaltbereitschaft und Zerstörungswut gearbeitet werden.

Kapitel 4: Kommunale Wirtschaftspolitik neu definieren

Nachhaltige Entwicklung statt Wachstum um jeden Preis

Das Motto „Wachstum um jeden Preis“ hat ausgedient. Eine zeitgemäße Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe berücksichtigt Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die demografische Entwicklung. Wirtschaftliche Entwicklung kann nur dann auf Dauer funktionieren, wenn sie die Erfordernisse des Gemeinwohls berücksichtigt, weil sie nur dann eine breite Akzeptanz erfährt.

Bei „Wasserburg & Wirtschaft“ denken die meisten zuerst an die ansässigen milchverarbeitenden Betriebe, die in der Tat einen wichtigen Faktor darstellen und einen großen Anteil am Gewerbesteueraufkommen tragen. Gerne wird jedoch übersehen, dass der Bereich Pflege und Gesundheit sogar noch mehr Arbeitsplätze in der Stadt sichert.

Der Erhalt des Klinikstandortes und der angestrebte gemeinsame Klinikneubau von Landkreis und Bezirk in Gabersee ist daher nicht nur für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im nördlichen Landkreis wichtig, sondern auch ein wichtiger Schritt für den Gesundheitsstandort Wasserburg. Die Stadt Wasserburg hat bei dieser wichtigen Maßnahme insbesondere durch die erforderliche Bauleitplanung eine Einflussmöglichkeit. Die schlechte Anbindung an den Stadtbus war und ist ein großes Manko des bisherigen Standortes der RoMed-Klinik. In Anbetracht von dann mehr als 1.500 Arbeitsplätzen sowie einem hohen Besucheraufkommen ist von Beginn an unbedingt darauf zu achten, dass das neue Krankenhaus gut ins bestehende Stadtbussystem eingebunden wird.

Dem drohenden Fachkräftemangel muss begegnet werden, d.h. die ansässigen Firmen sollen zur Ausbildung ermutigt werden. Jedoch zeichnet sich nicht zuletzt durch den demografischen Wandel ab, dass auch Wasserburg seinen Bedarf an qualifizierten Fachkräften nicht ausschließlich aus der bereits ansässigen Bevölkerung heraus decken können. Wichtig ist deshalb auch, dass die Stadt als Wohnort für zuziehende Fachkräfte attraktiv bleibt. Dies beinhaltet bezahlbare Mieten, ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot und ein familienfreundliches Umfeld mit einem umfassenden Angebot an Schulen und Betreuungseinrichtungen – all dies ist derzeit vorhanden und muss bewahrt bleiben. Zusätzlich gilt es, eine „Begrüßungskultur“ zu entwickeln, damit Neu-Wasserburger in unserer Stadt nicht nur wohnen können, sondern auch eine neue Heimat finden. Der eingeführte Neubürger-Empfang ist hier ein sehr guter erster Ansatz.

Branchenmix breiter aufstellen

Ein krisensicherer Wirtschaftsstandort ist einer, der nach Möglichkeit mehrere Standbeine hat und einen vielfältigen Branchenmix bietet. Angesichts der nur begrenzt vorhandenen Flächen im Stadtgebiet sollte darauf geachtet werden, dass Neuausweisungen von Gewerbeflächen immer sowohl unter dem Aspekt der Arbeitsplatzdichte als auch der Zukunftsfähigkeit des anzusiedelnden Gewerbes betrachtet werden. Wünschenswert wären hier Betriebe aus dem Bereich erneuerbare Energien, Energie- und Ressourceneffizienz oder Kommunikationstechnologien.

Um Betriebe aus diesen Bereichen in Wasserburg anzusiedeln, ist es nötig, den Anforderungen des digitalen Wandels Rechnung zu tragen. Dazu gehört unter anderem auch ein flächendeckender Ausbau des Breitbandinternets in Wasserburg. Die derzeitig vorhandenen 16-Mbit-Anschlüsse sind zwar noch für den Privatgebrauch ausreichend, für die gewerbliche Nutzung von Klein- und Mittelstandsfirmen ist ein umfassend verfügbarer VDSL-Anschluss mit 25 bzw. 50 Mbit wünschenswert. Langfristig ist eine Komplettversorgung über Glasfaserkabel anzustreben, dafür müssen jetzt schon die Weichen gestellt werden. Die Stadtwerke Wasserburg können analog zu den Stadtwerken München selbst als Internet-Dienstleistungsanbieter auftreten, so können Firmengründungen mit einem kostenfreien oder kostengünstigen Internetanschluss gefördert werden.

Mittelzentrumsfunktion stärken, Verhältnis Wasserburg & Umlandgemeinden

Wesentliches Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Wasserburg ist seine Funktion als Mittelzentrum des nördlichen Landkreises und darüber hinaus. Diese ist zu stärken und weiter auszubauen. Dabei

ist insbesondere die Altstadt zu nennen, die, als Zentrum für Dienstleistung und Einzelhandel, mit vielen Klein- und Familienbetrieben nicht nur das einmalige Flair der Stadt mitbestimmt, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze sichert und zudem durch ihre zentrale Lage ideale Voraussetzungen für eine „Stadt der kurzen Wege“ bietet. Durch die Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB) im Jahr 2007 hat der Gesetzgeber mit der Ausweisungsmöglichkeit als „zentraler Versorgungsbereich“ hier ein wirkungsvolles Instrumentarium geschaffen, das sich die Stadt Wasserburg zunutze machen sollte. Insbesondere ist aber auch eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen ins nähere und weitere Umland ein wesentlicher Faktor zur Stärkung des Mittelzentrums Wasserburg.

Wasserburg ist im nördlichen Landkreis Identitätsstifter, Kulturstadt, ein Zentrum für Handel, Gewerbe, Gesundheit und Industrie, Schulstadt und noch vieles mehr. All dies wird nicht zuletzt durch ein intaktes und gut vernetztes Umland gewährleistet. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, wurde uns durch die Verluste der ein oder anderen Einrichtung, wie etwa dem Amtsgericht oder der Landwirtschaftsschule schmerzhaft vor Augen geführt. Die Sicherung der Mittelzentrumsfunktion ist daher eine zentrale Aufgabe aller Akteure in der Stadt und ist darüber hinaus auch im Interesse der Umlandgemeinden.

Das Verhältnis der Stadt Wasserburg zu seinen Nachbarkommunen muss auch deshalb partnerschaftlich und von diesem gemeinsamen Interesse geprägt sein. Der gemeinsame Flächennutzungsplan ist hierzu ein gelungener Ansatz. Diese Kooperation sollte in Zukunft noch weiter intensiviert und Planungen sollten besser und frühzeitiger miteinander abgestimmt werden. Anstatt sich mit der Schaffung von immer neuen Gewerbegebieten gegenseitig zu überbieten, sollte bei einem weiteren Ausweisungsbedarf eine Kooperation in Form von interkommunalen Gewerbegebieten geprüft werden.

Aufenthaltsqualität steigern

Die Attraktivität in den Stadtzentren bemisst sich, entgegen der Einschätzung mancher Interessensverbände, nicht nur bzw. immer weniger an der Autofreundlichkeit. Im Gegenteil: Der Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ versucht mittlerweile, innerstädtische Strukturen zu kopieren. So plant man beispielsweise im Rosenheimer Aicher-Park, künftig das Parken direkt vor der Ladentür einzudämmen. Das Ziel hierbei ist, die Aufenthaltszeiten der Kunden und Besucher zu verlängern. Ausschlaggebend ist die Erkenntnis, dass Fußgänger im Vergleich zu Autofahrern eine viel höhere „Geldbeutelichte“ aufweisen, eher spontan verweilen und für Außenwerbung, Schaufenster und Auslagen empfänglicher sind.

Wichtig für die Aufenthaltsqualität und damit die Verweildauer der Kunden ist auch die attraktive Gestaltung von Straßenraum und Plätzen. So schön die Stadt auch ist, es gibt noch an der einen oder anderen Ecke Verbesserungsbedarf. Damit jedoch Neugestaltungen keine „Totgeburten“ werden, sind diese immer auf vorhandene oder beabsichtigte Nutzungen abzustimmen. Wer will, dass die Leute an einem Platz verweilen, muss neben der optisch ansprechenden Gestaltung auch einen Grund bieten. Dies kann ein Spielplatz, ein Laden oder eine (Außen-)Gastronomie sein, an anderen Stellen vielleicht auch nur die zu erwartende Ruhe und Abgeschiedenheit. Einen ungenutzten Platz einfach nur schön gestalten und dann darauf zu warten, dass sich in der Folge schon irgendeine Nutzung einstellt, ist in der Regel nicht von Erfolg gekrönt.

Mischnutzung fördern, Brachen beleben

Angesichts sich dramatisch verändernder Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, Peak Oil mit der untrennbar verbundenen Verkehrswende usw.) ist für einen langfristig attraktiven Wirtschaftsstandort künftig vor allem die Kürze der täglichen Wege ausschlaggebend. Dies verlangt eine Abkehr von der Spezialisierung von Flächen nach Nutzungsarten und die Schaffung von Mischstrukturen aus Wohnen, Handel, Dienstleistung, Gastronomie, Ärzten etc.

Eine besondere Bedeutung kommt hier auch der Reaktivierung zentraler Brachflächen (z.B. ehemaliges Alueda oder das Altstadt-Bahnhofsgelände, so weit nicht für Bahnhof benötigt) oder der Neuüberplanung größerer Flächen in zentraler Lage zu (wenn z.B. der Bauhof oder die Feuerwehr an andere Standorte umziehen) Hier gilt es, Nutzungen zu finden, für die ein nachgewiesener Bedarf besteht. Die Stadt muss eine aktive Rolle einnehmen und darf nicht warten, bis ihr irgendwelche Investoren zulaufen oder Grundstücksbesitzer aus ihrer Lethargie erwachen.

Kapitel 5: Bürgerschaftliches Engagement, Information und Transparenz

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentrales Element einer lebendigen und bunten Stadtgesellschaft. Viele Initiativen, Verbände, Vereine und auch die lokale Agendagruppe tragen zum Meinungsbildungsprozess in Wasserburg bei.

Leider wurde eine aktive frühzeitige Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren durch zu späte oder ungenügende Information durch die Stadt oftmals versäumt. Bei vielen Projekten, die die Bürger unmittelbar betreffen, haben es der Bürgermeister und die Verwaltung nicht geschafft, rechtzeitig wesentliche Planungen vorzustellen und eine breite Öffentlichkeit zu informieren. Die Deponie Odelsham ist hierfür nur ein Beispiel.

Wir Grüne wollen daher eine frühzeitige Information der Bürger mit umfassender Vorstellung der Planungen. Es soll für die Stadtverwaltung selbstverständlich werden, schon erste Konzepte und Planungen vorzustellen und für ausreichende Diskussionsmöglichkeiten und Diskussionsplattformen online und durch Veranstaltungen vor Ort zu sorgen.

Wir setzen uns für einen Bürgerhaushalt, also einen eigenständigen, regelmäßigen Diskussionsprozess zu Haushaltsfragen mit den Bürgerinnen und Bürgern ein. Sie sollen durch Teilhabe an Einfluss gewinnen und mitentscheiden, wofür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vor allem, wenn ein Bürgerhaushalt sich nicht nur auf kleinteilige Änderungen beschränkt, sondern auch große Fragen der Stadtpolitik aufgreift, fördert er auch das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Gelingen der bürgerschaftlichen Partizipation und Kontrolle in Haushaltsfragen ist aber eine übersichtlichere Darstellung der Struktur des städtischen Haushalts, also ein „lesbarer Haushalt“. Neue Medien und Internetplattformen können diese Modernisierung unterstützen und veranschaulichen.

Demokratie erfordert Transparenz und Kontrolle. Das Handeln öffentlicher Verwaltungen sollte für die Bürgerinnen und Bürger prinzipiell offen zugänglich sein. Das heißt, Informationen sind prinzipiell frei zugänglich, außer ein besonderer Grund steht dem ausnahmsweise entgegen. Inzwischen haben mehr als 50 Kommunen in Bayern eine Informationsfreiheitsgesetz erlassen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch Wasserburg den Bürgerinnen und Bürgern ein allgemeines Zugangsrecht zu Behördenunterlagen der Stadt gewährt. Dabei sollen die bisherigen Erfahrungen anderer Kommunen geprüft werden und ggf. in die Wasserburger Satzung mit einfließen.

Datenschutz

Datenschutz ist ein Querschnittsthema für alle Politikebenen und Politikbereiche. Auch die Stadt Wasserburg hat hier vielfältige Möglichkeiten zu handeln.

Wir stehen für die Grundsätze des Datenschutzes über die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards hinaus: Zweckbindung (nur unbedingt erforderliche Daten werden gespeichert), Datensparsamkeit (so viel wie nötig – so wenig wie möglich) und Transparenz (Bürger wissen, wer was wie lange und warum über sie speichert). Die europäischen, die deutschen und die bayerischen Datenschutzbestimmungen müssen in Wasserburg natürlich eingehalten werden.

Inklusion – weltoffenes Wasserburg

„Grüne Migrationspolitik“ zielt auf eine zivile Stadtgesellschaft ab, in der sich möglichst alle als Teil des Ganzen verstehen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger realisieren, indem wir ausgleichend zwischen allen Bevölkerungsgruppen wirken. Unterstützungs- und Beratungsstrukturen in der Stadtgesellschaft müssen weiter ausgebaut, vernetzt und bekannt gemacht werden. Dazu werden wir uns für Projekte im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kultur einsetzen, in denen alle gemeinsam wirken können.

In Wasserburg haben etwa 25 % der Menschen einen Migrationshintergrund. Die Kulturen ihrer Herkunftsländer sind ihre persönliche Identität und tragen darüber hinaus zur kulturellen Vielfalt und Weltoffenheit unserer Stadt bei.

Deshalb müssen Wege und Anreize gefunden werden, dass sich Migrantinnen und Migranten stärker am öffentlichen Leben unserer Stadt beteiligen und sich selbstverständlich in diesem auch wiederfinden. Projekte der Migrationskultur wollen wir Grünen deshalb gezielt unterstützen und fördern.

Der Zugang zum Ehrenamt muss erleichtert und durch gezielte Förderung auch für jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger attraktiver werden.

Das friedliche Miteinander aller Menschen unabhängig von Lebensalter, Herkunft, Religion, einer möglichen Behinderung oder der sexuellen Orientierung ist unabdingbarer Bestandteil der Wasserburger Identität.

Diskriminierung, Ausgrenzung und Rechtstextremismus sollen bei uns auch weiterhin keinen Platz haben. Dauerhafte und anlassbedingte Initiativen gegen rechtsextremes Gedankengut sollen sich der vollen Unterstützung durch die Stadt sicher sein können.

Wir Grüne möchten, dass Wasserburg eine nachhaltige Bürgerkommune wird. Das verantwortungsbewusste Zusammenwirken der Akteure in Politik und Verwaltung sowie aller Bürgerinnen und Bürger setzt neue Kräfte frei und findet kreative Lösungen für die Bearbeitung aktueller Herausforderungen: Umgang mit dem demografischen Wandel, Sicherung der kommunalen Finanzkraft, Klima- und Ressourcenschutz, Standortwettbewerb, Familienfreundlichkeit, Bildung u.v.m.